

MBI

MBI

An Freunde, Freundinnen, Wähler und Wählerinnen der MBI und an Interessierte

Unter dem Motto "Nötig wie nie - MBI" gaben uns 7200 Mülheimer/innen am 26. Sept. letzten Jahres ihre Stimme, fast doppelt so viele wie 5 Jahre zuvor. Neun heftige und ereignisreiche Monate sind seither vergangen und wir möchten eine kurze Zwischenbilanz aus MBI-Sicht ziehen.

**Phase 1 von Okt. bis Dez. 2004: Verraten und verkauft? Die SPD-OB im Berlusconi-Stil
Mit Vollgas voraus, egal wer oder was im Wege steht und liegt?**

Bei den Wahlen bekamen:

SPD 20 Sitze, CDU 17 Sitze, MBI 5 Sitze, Grüne 5 Sitze, FDP 3, WIR 2 Sitze

Bezogen auf einige der wichtigsten Mülheimer Themen bedeutete das eigentlich:

1. Flughafen: eine Mehrheit aus CDU, MBI und Grünen ist gegen den Ausbau
2. Heimaterde: eine Mehrheit aus SPD, MBI und Grünen ist für sofortigen Denkmalschutz
3. Ruhrbania: eine Mehrheit aus CDU, MBI und Grünen hat erhebliche Bedenken gegen die Umsetzung des Siegerentwurfs des Wettbewerbs „Ruhrpromenade“
4. Freibad Styrum: eine Mehrheit aus SPD, MBI und WIR ist gegen das Naturbad
5. Altstadt: eine Mehrheit aus CDU, MBI und Grünen ist für eine behutsamere Aufwertung der Altstadt unter Einbeziehung aller Betroffenen, aber mit weit weniger Dominanz durch Herrn von Emmerich

Doch die Umsetzung des Wählerwillens stand bis heute nicht auf der Tagesordnung!

SPD und CDU, die zusammen über 10.000 Stimmen weniger bekommen hatten als 1999, schlossen sich sofort nach der Kommunalwahl zusammen, als angebliche Verantwortungsgemeinschaft gegen das Chaos, und treiben seither in unserer Stadt das Chaos in einem Maße und einer Geschwindigkeit voran, dass einem Angst und Bange werden kann.

Der Wählerwille war bereits am Tag nach den Wahlen vergessen, die Wahlaussagen der Parteien ebenso. Haarsträubende Ratsitzungen folgten, auf denen wesentliche, meist von den MBI eingebrachte Punkte einfach von der Tagesordnung gestimmt wurden, ja sogar Fragen per Abstimmung nicht zugelassen wurden, undemokratische und verfassungswidrige Ausschüsse zu Gunsten von SPD und FDP gebildet wurden und permanente versucht wurde, MBI und WIR, immer schön in einen Topf geworfen, in die Ecke zu stellen, zu diffamieren und als Nein-Sager zu brandmarken. Die Umgangsformen im Rat und in einigen Ausschüssen waren dabei häufig unter aller Würde. (Frau Berlusconi, alias D.M., Herr Machiavelli, alias D.W., und mitunter auch der schwarze Basta-Paul ließen einen öfter fragen, wieso man sich das bieten lassen muss und ob das nicht eher an untergegangene Regime wie östlich der Elbe erinnert!)

Doch egal, die MBI ließen sich nicht beirren und taten alles, um mehr Transparenz in die Vorgänge zu bekommen, um Diskussionen aus Mausebenen an die Öffentlichkeit zu bekommen, um betroffene Bürger frühzeitig zu informieren und um absehbare Fehlentwicklungen aufzuhalten. Das war nicht gerade einfach, denn nach dem Clement'schen Vorbild aus Düsseldorf und Berlin versuchte die OB, alles durchzupeitschen unter Mißachtung von Wählerwillen, demokratischen Spielregeln usw...

Es gab keine Schamfrist: 4 Tage nach den Wahlen rollten "Zwischen den Gärten" in der Heimaterde die Bagger an, 8 Tage nach den Wahlen

**Für Transparenz!
Es ist unsere Stadt!**



den Filz!

Nötig wie nie - MBI!



Mülheimer
Bürger-
Initiativen

MBI



begann der Häuserabriss am Klöttchen; über Beibehaltung der Zuschüsse für das MALZ als unabhängige Beratungsstelle für Arbeitslose war mit der SPD nicht zu reden; die Ausbootung des Mülheimer Künstlers Nekes bei der Umsetzung seiner Idee mit dem Filmmuseum in der Camera Obscura wurde mit unseriösen Mitteln gnadenlos durchgezogen; der Vertrag für ein Naturbad in Styrum wurde ganz schnell unterschrieben, obwohl die Erfahrungen des Referenzbades in Mettmann mehr als bedenklich sind; der Mülheimer Wohnungsbau MWB wurde mißbraucht, um ein sündhaft teures Gründerzentrum im Siemens-Gebäude zu machen, bei dem die Stadt auf vielen Kosten sitzen bleiben wird; das ehemalige Möbel-Nohlen-Gebäude (von Hoffmeister, Mangen etc.) wurde nach dem SWB-Turm ebenfalls auf 25 Jahre angemietet, um die Bürgeragentur dorthin zu bringen, dort ein unausgegrenztes

Medienzentrum zu verwirklichen, wofür man dann die Stadtbücherei abreißen kann, um Fläche für die Ruhrbania-Ruhrpromenade zu bekommen; für die Sozialagentur wurde der leerstehende Easy-Tower (von Hoffmeister) auf 15 Jahre angemietet, obwohl die Gelder für das Optionsmodell zu Hartz IV nur 6 Jahre garantiert sind und, und, und

Zur Situation und zu Lösungsmöglichkeiten bei der überverschuldeten MEG dagegen schlichte Auskunftsverweigerung, den rabiaten Gebührenerhöhungen für Gas und Wasser hatten die städtischen Aufsichtsratsvertreter wie die SPD-OB oder der CDU-Bürgermeister Püll schon längst zugestimmt, bevor die MBI davon aus der Zeitung erfuhren. Auch ein Brandbrief der Kommunalaufsicht zur hyperkatastrophalen Mülheimer Haushaltslage und zu den verbotenen Verschleierungsmethoden dazu juckte im Mülheimer Rathaus niemand wirklich. Weiter so, war die Devise, der RP bellt nur, er ist im Griff und hat noch nie gebissen, wenn es um Mülheim ging.

Damit alles auch über die parlamentarische Bühne geht, hatten OB und SPD die Ausschüsse so zusammengestellt, dass sie notfalls auch ohne die CDU, aber alleine mit entweder FDP oder Grünen zusammen, alles entscheiden können. Das lassen die Wahlergebnisse nicht zu, doch CDU und Grüne in ihrem Selbstverständnis von Steigbügelhaltern (bzw. im Stil von DDR-Blockflöten) machten die eindeutig verfassungswidrigen "Berlusconiaden" der OB und SPD-Vorsitzenden ungeniert mit.

Die gesamten Düsseldorfer Aufsichtsbehörden aber deckten das demokratieschädigende Spiel: der zuständige Innenminister erklärte sich für nicht zuständig, der RP sah keine Eingriffsnotwendigkeit und verwies auf Gerichte, so dass den MBI nur eine Organklage beim Verwaltungsgericht übrig blieb. Doch das Düsseldorfer Verwaltungsgericht ließ keine einstweilige Verfügung zu und setzte nach Monaten erst einmal eine mündliche Verhandlung im Juli kurz vor den Gerichtsferien an. Damit ist alles auf die lange Bank geschoben. Traurig, aber real

Phase 2: von Jan. bis Ende Mai 2005: "Götterdämmerung" oder *Wenn die Fahrlehrerin vergessen hat, wo der Rückwärtsgang liegt...*

Nicht verhindern konnte die Mülheimer große Koalition eine Sondersitzung des Hauptausschusses auf MBI-Antrag hin Mitte Jan., auf der die drastischen Preiserhöhungen bei Gas und Wasser erklärt werden mussten. Hauptpunkt aber war das finanzielle Desaster bei der MEG, das zum ersten Mal einem städtischen Gremium offengelegt wurde, nachdem eineinhalb Jahre lang genauere Auskünfte zu dem MBI-Fragenkatalog verweigert wurden. Tags zuvor hatte OB Mühlenfeld einen Pressetermin, auf dem die Insolvenz der MEG verkündet werden sollte, kurzfristig abgesagt, weil das RWE doch noch etwas Geld bereitstellte. So konnte die zahlungsunfähige Firma bis in den März gerettet werden. Ab dann folgte Remondis und bis heute ist nicht geklärt, wie die MEG gerettet werden soll! Die Entlassungen im April waren unabhängig davon fast nur wegen des Verlusts des Geschäfts mit der Gelben Tonne an Cleanaway! Die massiven Preiserhöhungen bei den teilprivatisierten Betrieben RWW und MEDL und die ungeheuerliche Mißwirtschaft bei der MEG trugen mit dazu bei, dass der Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierungen Ende Februar erfolgreich war trotz des sperrigen Themas und einer mißverständlichen Abstimmungsfrage. Die danach einsetzende Ratlosigkeit hält bis heute an, dürfen unsere Stadtfürsten doch nun nicht mehr so einfach Altenheime oder Schulen privatisieren bzw. über windige Modelle die Abzahlung von quasi-Krediten bei Privaten auf Kinder und Enkel zu verschieben.



Voll daneben ging der selbtherrlichen OB auch der Versuch, ihre mehr als 100.000Euro RWE-Aufsichtsratsgelder pro Jahr erst zu verschweigen und dann nicht an die Stadt abführen zu wollen. Eine MBI-Nachfrage brachte es ans Licht und das haarsträubende Gutachten des Rechtsamtes, das den Aufsichtsratsitz bei RWE als Privatsache umdefinieren wollte, wurde umgehend durch Innenministerverfügung aus Düsseldorf korrigiert. Nur so konnte die OB vor einer Riesenblamage bewahrt werden.

Ebenso nicht ganz geglückt war der 2. Versuch, van Emmerich als den großen Macher für die Altstadt im altbekannten Gutsherrnstil zu präsentieren, und zwar wieder kurz vor Wahlen. Weder Stadt noch MST durften schließlich Mitglied

seines Vereins werden, nachdem die MBI interveniert hatten.

Ganz katastrophal sehen die städtischen Finanzen aus. Gegen jede Vernunft stimmten SPD, CDU, Grüne und FDP einem Haushalt zu, bei dem die jährlichen Fehlbeträge von bereits hiobsartigen 90 Mio Euro aus 2004 (bei nur knapp über 300 Mio Einnahmen!) sich in den kommenden Jahren durch Ruhrbania noch deutlich erhöhen sollen. Der RP als kommunale Aufsichtsbehörde bestätigte unsere Auffassung fast vollständig, doch ohne wirkliche Konsequenz, im Gegenteil: auf alle konkreten MBI-Beschwerden wegen vermeidbarer Ausgaben wie Naturbadbau, Anmietung ex-Möbel Nohlen, SWB-Turm, neuer Sozialamtsleiter etc. kamen immer nur die Standardantworten, dass er nicht eingreifen könne bla, bla.

Ausblick auf Phase 3, die eigentlich am 22. Mai begann, dem Tag der Landtagswahl in NRW *Sehenden Auges voll gegen die Wand?*

Die verworrene Lage im Juni 2005 läßt sich ungefähr so zusammenfassen:

Europa stockt, Deutschland ist im Stillstand, NRW im Unklaren und das Ruhrgebiet aus dem Blickfeld - Das Beispiel Mülheim macht Schule?!

Die MBI als rein kommunale Wählergemeinschaft brauchen zum Glück nicht die Sommerferien mit Wahlkampf zu verplempern, so die Bundestagswahlen denn im September überhaupt stattfinden.

Mit dem ziemlichen Durcheinander vor Ort haben wir auch mehr als genug zu tun. MEG/M&B/MST als Fässer ohne Boden, Altstadt und Weihnachtsmarkt, Hauptbahnhof, Gas- und Wasserpreiserhöhungen, Abwassergebühren, Klöttschen und LZB, die Speldorfer Torsos Emmericher Straße/Fahrrad-Fußweg, der unkoordinierte Kanal- und Straßenbau, Probleme mit Hartz IV und ALG II, überdimensionierte oder überflüssige Bauvorhaben wie Kuhlen-/Kreuzstr., Mergelstr./Neptunweg, die Riesen-Reitsporthalle Winsterstr., Haushaltskatastrophe und Schulsanierungsstau, das Chaos auf dem Kasernengelände, die Rennbahn und, und, und,

Die Probleme fangen an, sich aufzutürmen, noch bevor Ruhrbania mit der geplanten Ruhrpromenade unsere Stadt erst richtig durcheinander bringen könnte. Land, Bund und EU sind in diesem Jahr mit Sicherheit nur mit sich selbst beschäftigt, von dort wird wenig Unterstützung zu erwarten sein, im Gegenteil. Die kriselnden Ruhrgebietsstädte müssen sich also möglichst am eigenen Schopf aus dem Sumpf herausziehen.

Die MBI haben in den letzten 9 Monaten nach ihrem Wahlerfolg an vielen Punkten eingegriffen, oft Schlimmeres verhindert und vor allem vieles an die Öffentlichkeit und in die Diskussion gebracht. Das werden wir auch weiterhin tun, obwohl so viel Unseriöses oder Bedenkliches gehäuft passiert, dass auch wir nicht mehr nachkommen können!

Für fast alle Punkte gilt: Hätte man früher auf die MBI gehört, wären viele teure Holzwege erspart geblieben!

Nötig wie nie – MBI!

Für Fairness, Transparenz und echte Bürgerbeteiligung!

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung: sozial, ökologisch und finanziell!

Für Gleichbehandlung und Rechtsstaatlichkeit!



Weder „Sozial“ noch „Politik“: Das Elend mit dem Mülheimer Optionsmodell

Im Sommer 2004 beschloss eine Mehrheit im Mülheimer Rat gegen die SPD, mit dem sog. „Optionsmodell“ als Stadt alleine zuständig zu sein für Betreuung, Vermittlung und Auszahlung von Langzeitarbeitslosen und neuem Arbeitslosen-Geld II. Geködert wurden die Ratsvertreter mit der Aussicht, so mehr für die Arbeitslosen vor Ort tun zu können.

Schon bei Vorlage des Haushaltsplan-Entwurfes für 2005 im letzten Dez. tauchten erste Zweifel an den „edlen Motiven“ auf, weil mit der Umstellung zu HARTZ IV im städtischen Haushalt jährlich 9 Mio • dafür verbucht waren. Wie das? Bisher musste die Stadt für ihre 4000 Sozialhilfeempfänger selbst aufkommen. Mit HARTZ IV zum 1. Januar durfte Mülheim wie andere Kommunen auch Sozialhilfeempfänger nun für arbeitsfähig erklären, womit sie unter das neue Sozialgesetzbuch II mit ALG II fallen, genau wie die früheren ca. 3500 Arbeitslosenhilfeempfänger. Einzige Voraussetzung: Sie müssen 3 Stunden täglich arbeiten (gehen) können. Für die nunmehr zusammen weit über 7000 ALG – II-Bezieher bekommt die Stadt Gelder vom Bund, errechnete Ersparnis: die o.g. 9 Mio. pro Jahr. Zusätzliche „Verdienstmöglichkeit“ am Rande, die stadteigene Jobservice GmbH und zahlreiche örtliche Träger der Wohlfahrtspflege profitieren von den vorgesehenen Fördermitteln an Dritte. Stichworte: Bewerbungstraining, Eingliederungshilfen, 1-Euro-Jobs.

Angesichts dieser Aussichten ließ sich die Verwaltung trotz anfänglicher Skepsis und kurzer Vorbereitungszeit nicht lumpen. „Stadtkanzler“ U. Ernst stülpte nun das Modell der „Styrumer Sozialagentur“ dem alten Sozialamt komplett über:

- Umbenennung des Sozialamtes in „Sozialagentur“ incl. der Übernahme der meisten „altbekannten“ Mitarbeiter, jetzt z. T. sog. Case-Manager und zusätzlich dotiert.

Wer nun wirklich Mitarbeiter der „Sozialagentur“ ist oder weiter beim Sozialamt, bleibt Außenstehenden undurchschaubar.

- Ob diese und einige wenige Neueinstellungen zumindest über Qualifizierungsmaßnahmen zum Case-Manager befähigt wurden, bleibt ebenfalls nebulös.

- Für 15 Jahre wurden zwei leerstehende Nobeletagen im Easy-Tower am Bahnhof angemietet, obwohl das Mülheimer Optionsmodell nur für 6 Jahre garantiert ist. Zusätzlich gibt es im Rathaus neben dem alten Sozialamt ebenfalls noch eine „Sozialagentur“.

- Seit dem HARTZ IV – Start fast perfektes Chaos: Vom Arbeitsamt übernommene Anträge konnten teilweise nicht bearbeitet werden, einige sind spurlos verschwunden, Widersprüche werden erst mal nicht angenommen, neue Antragsteller bekommen keine Anträge usw. usf. (vgl. www.arbeitslosenzeitung-mh.de)



Eins aber funktioniert nahezu perfekt: die von der Stadtkanzlei gesteuerte PR-Kampagne mit gezielten Erfolgsmeldungen zum angeblich toll funktionierenden Optionsmodell: Nach dem Motto: "Alles läuft easy im Easy-Tower" liest man vom Hartz IV-Chaos überall, nur nicht in Mülheim. Im Sozialausschuss "beweisen" Power-Point-Lichtspiele den Agentur-Erfolg, eine Lenkungsgruppe mit Parteienvertretern, die nichts zu lenken hat, darf sich auch regelmäßig mit der Verwaltungsspitze treffen. 1-Euro-Jobber sollen laut WAZ/NRZ voll zufrieden sein und ackern hochmotiviert für einen Euro/Std. gegen die Langeweile z. B. beim MWB, bei Grün und Wald, in Altenheimen, beim Raffelberg-Rennverein usw..

Die in der Agentur gebeutelten und abgefertigten Arbeitslosen existieren in der Öffentlichkeit anscheinend aber nicht und können sich bestenfalls noch beim MALZ oder auf der Montags-im-Kreis-Renn-Demo ausheulen.

Immer deutlicher schlägt der vermeintliche fiskalische Reiz für die Stadt, mit Hilfe von HARTZ IV finanziell Luft zu bekommen (vielleicht sogar RUHRBANIA....) auf das Verhalten gegenüber den Ärmsten dieser Stadt voll durch:

Parteien und Verbände, die seit 1985 die Beratungs- und Hilfeeinrichtung MALZ unterstützten, haben diesen Konsens aufgekündigt; eine „große Koalition“ aus SPD, CDU und FDP haben dem MALZ die finanzielle Lebensgrundlage entzogen, wobei die Wohlfahrtsverbände dies dank der 1-Euro-Job-Köder klaglos akzeptierten.

Jede Rüpelei oder Missachtung demokratischer Gepflogenheiten im Sozialausschuss seitens der Verwaltung oder des Vorsitzenden Heidrich (CDU), sobald die Verwaltungsmeinung bezweifelt wird, wird von den ALLparteien-Vertretern einschließlich der GRÜNEN kommentarlos akzeptiert. Die alltäglichen Erfahrungen aber sind anders:

Wohnen z.B. ALG II – Bezieher nicht alleine und auf 40 qm, werden die Leistungen gekürzt/ gültige Bescheide werden



plötzlich storniert/ Zahlungen abrupt eingestellt/ Widersprüche nicht angenommen/ klagefähige Widerspruchbescheide gibt es nicht oder sie werden endlos hinausgezögert. Wer sich persönlich abwimmeln oder einschüchtern lässt, hat schon verloren. Leistungsberechnungen sind regelmäßig kaum nachprüfbar. Wer sich beschwert, wird vorgeladen und bearbeitet usw....**Ermäßigungen wie bei der Hundesteuer für sozial Schwache versucht die Verwaltung abzuschaffen, zusätzliche Erleichterungen wie das in den Nachbarstädten auch von SPD / Grünen geforderte „Jobsucher oder Sozialticket“ werden in Mülheim gar nicht erst diskutiert, der entsprechende MBI-Antrag von allen niedergestimmt.** Ein eigens für die Sozialagentur eingeführtes „Beschwerde-Management“ (klingt

innovativ-modern!), besteht im wesentlichen nur aus einem benannten Case-Manager, der regelmäßig die Entscheidungen seiner Kollegen bestätigt.

Was fehlt, aber durchaus möglich wäre bei der Mülheimer Wahl des Optionsmodells, ist eine effektivere Kontrolle, die sicher stellt, dass gesetzliche Mindestrechte der Betroffenen gewahrt bleiben und kommunale Ermessensspielräume ausgelotet und definiert werden. Dafür bräuchte man eine unabhängige Instanz, an die sich Betroffene wenden können. Unabhängigkeit der Mitglieder von fiskalischen Interessen der Stadt sowie Weisungs- und Empfehlungskompetenz wären notwendig. Der entsprechende MBI-Antrag wurde ebenfalls von allen Parteien diskussionslos niedergestimmt!